



Investitionen in digitale und automatisierte Arbeitsprozesse führen zu einem leichten Jobwachstum in Deutschland.

Foto: © iStockphoto.com/Just\_Super

Nachgefragt

## Wie kommen Migranten im Arbeitsmarkt an?

Forschungsergebnisse

## Hochsteuerländer durch CbCR weniger attraktiv

Standpunkt

## Den Markt für den Klimaschutz nutzen

## Der technologische Wandel spaltet den Arbeitsmarkt in Deutschland

Digitalisierung und Automatisierung bringen bis zum Jahr 2021 zwar ein moderates Beschäftigungswachstum in Deutschland mit sich, verursachen voraussichtlich aber auch eine steigende Einkommensungleichheit unter Arbeitnehmern/-innen. Zu diesen Ergebnissen kommt ein Forschungspapier, das Wissenschaftler/-innen am ZEW in Mannheim und am Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn erstellt haben.

In ihrem Forschungspapier setzen sich die Autoren/-innen mit aktuellen Resultaten zu Automatisierungspotenzialen, sowie deren möglichen Folgen für die tatsächliche Beschäftigung auseinander. Sie diskutieren zunächst, wie viele und welche Jobs theoretisch automatisierbar wären. Dabei gehen sie insbesondere darauf ein, weshalb sich die Ergebnisse bisheriger Studien deutlich voneinander unterscheiden. Im Anschluss erar-

beiten Sie die möglichen Folgen für die Beschäftigung und machen deutlich, dass die Automatisierungspotenziale nicht mit möglichen Beschäftigungseffekten verwechselt werden dürfen (siehe Grafik auf der folgenden Seite). Dies liegt daran, (1) dass sich neue Technologien nur langsam verbreiten, (2) dass sich Arbeitskräfte an den Wandel anpassen, und (3) daran, dass mögliche negative Beschäftigungseffekte durch neue Jobs kompensiert werden. Hohe Automatisierungspotenziale bedeuten somit nicht zwangsläufig Jobverluste, sondern können sogar mit einem Beschäftigungszuwachs einhergehen.

Von zentraler Bedeutung ist deswegen weniger die Anzahl der wegfallenden oder neu entstehenden Jobs, sondern der Strukturwandel am Arbeitsmarkt, der sich mit voranschreitender Digitalisierung und Automatisierung vollzieht. Die Politik kann dem begegnen, indem sie den Unternehmen entsprechende

DER WEG VON NEUEN TECHNOLOGIEN ZU IHREN BESCHÄFTIGUNGSEFFEKTEN



Automatisierungspotenziale sind nicht mit möglichen Beschäftigungseffekten zu verwechseln. Dies liegt daran, (1) dass sich neue Technologien nur langsam verbreiten, (2) dass sich Arbeitskräfte an den Wandel anpassen, und (3) daran, dass mögliche negative Beschäftigungseffekte durch neue Jobs kompensiert werden. Hohe Automatisierungspotenziale bedeuten somit nicht zwangsläufig Jobverluste, sondern können sogar mit einem Beschäftigungszuwachs einhergehen. Quelle: ZEW

Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen erleichtert, die die Beschäftigten fit für die neuen Anforderungen machen.

In ihrem Papier haben die Autoren/-innen verschiedene Szenarien zu den Folgen der Digitalisierung für den deutschen Arbeitsmarkt simuliert. Datengrundlage ist die repräsentative IAB-ZEW-Arbeitswelt 4.0-Befragung, die das ZEW in Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) unter rund 2.000 Produktions- und Dienstleistungsbetrieben durchgeführt hat. Die Befragung umfasst Unternehmen, die von 2011 bis 2016 bereits in Spitzentechnologien investiert haben. Das ZEW-Papier untersucht nun, wie Volkswirtschaft und Arbeitsmarkt in Deutschland potenziell künftig auf die Einführung dieser neuen Technologien reagieren.

**Massenarbeitslosigkeit ist eher unwahrscheinlich**

Die Simulationen zeigen, dass sich die Pläne der Unternehmen, auch in Zukunft weiter in digitale und automatisierte Arbeitsprozesse zu investieren, leicht positiv auf die Beschäftigung in Deutschland auswirken. Besagte Investitionen führen demnach im Zeitraum von 2016 bis 2021 zu einem Jobwachstum von insgesamt 1,8 Prozent. Dieses Plus speist sich allerdings nicht aus einer steigenden Nachfrage nach den Produkten der Unternehmen. Vielmehr wirken neue Technologien in den Betrieben auf Arbeitskräfte eher komplementär als substituierend. Das heißt, die fortschreitende Digitalisierung und Automatisierung sorgt dafür, dass Unternehmen zunächst eher zusätzliche Beschäftigte brauchen und eher Personal aufbauen, um die neuen Technologien einzuführen. Die vielfach prognostizierte Massenarbeitslosigkeit aufgrund des technologischen Wandels ist demnach eher unwahrscheinlich. Die strukturelle Veränderung auf dem Arbeitsmarkt wird nicht so sehr in der reinen Anzahl der neu entstehenden oder wegfallenden Arbeitsplätze

sichtbar werden, sondern sich vor allem in den einzelnen Arbeitsinhalten der Beschäftigten niederschlagen.

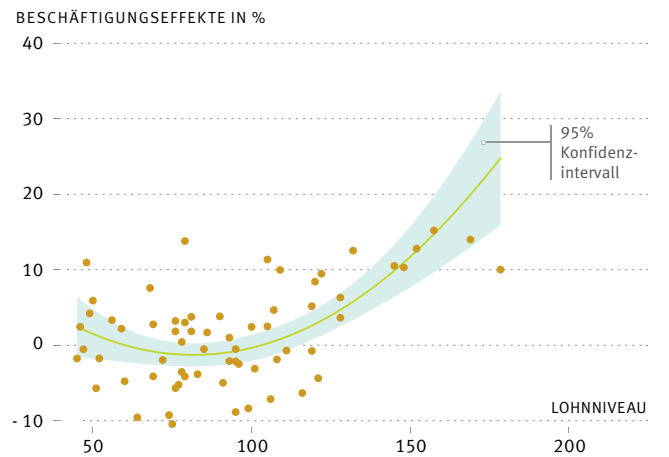
Den Wissenschaftlern/-innen zufolge haben Jobs, die ein hohes Maß an interaktiven und analytischen Fähigkeiten voraussetzen, ein geringeres Automatisierungspotenzial als Jobs, die hauptsächlich von Routinetätigkeiten geprägt sind. Komplexere Tätigkeiten sind im Schnitt besser bezahlt als Routinejobs. Entsprechend stellen die Forscher/-innen fest, dass sehr gut (aus-)gebildete und entlohnte Arbeitskräfte eher vom technologischen Wandel profitieren, als mittel bis gering gebildete und bezahlte Arbeitskräfte (siehe Grafik). Digitalisierung und Automatisierung verschärfen somit die Einkommensungleichheit auf dem Arbeitsmarkt. Die simulierten Szenarien deuten weiter darauf hin, dass die Förderung der Arbeitskräftemobilität, also die gezielte Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten, dazu beitragen kann, den kommenden Strukturwandel abzufedern. Unternehmen, Arbeitskräfte und Politik sollten daher nach Ansicht der Autoren/-innen verstärkt in Weiterbildung investieren, erstens um Arbeitskräfte für den Wandel auf dem Arbeitsmarkt fit zu machen und zweitens, um sicherzustellen, dass die Unternehmen auch genügend Fachkräfte finden. Darüber hinaus sind Maßnahmen nötig, um sicherzustellen, dass vor allem kleine und mittelgroße Unternehmen den Anschluss nicht verlieren.

Die Betriebe in Deutschland befinden sich gegenwärtig in einer Investitionsphase. Bis sich neue technologische Entwicklungen durchsetzen und für eine höhere Produktivität sorgen, braucht es eine gewisse Zeit. Der Weg dahin ist kostenintensiv. Die Politik kann mit gezielten Maßnahmen Unterstützung bieten und den Firmen helfen, langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben.

Die Studie in englischer Sprache: [www.zew.de/PU80876](http://www.zew.de/PU80876)

Prof. Dr. Melanie Arntz, [melanie.arntz@zew.de](mailto:melanie.arntz@zew.de)  
Dr. Ulrich Zierahn, [ulrich.zierahn@zew.de](mailto:ulrich.zierahn@zew.de)

BESCHÄFTIGUNGSEFFEKTE DURCH NEUE TECHNOLOGIEN NACH LOHNNIVEAU



Quelle: ZEW  
Die Abbildung zeigt die Beschäftigungseffekte neuer Technologien für unterschiedliche Arbeitsmarktsegmente, unterteilt nach dem Lohnniveau. Die Beschäftigungseffekte sind besonders positiv für Berufe und Sektoren mit einem hohen Lohnniveau und damit für jene Jobs, die mit hohen Anforderungen einhergehen. Dagegen sind die Beschäftigungseffekte für Jobs mit mittlerem und geringem Lohn – und damit jene Jobs mit mittleren und geringeren Anforderungen – deutlich geringer oder sogar negativ. Das verdeutlicht, dass vor allem Hochqualifizierte und Hochverdiener von der Digitalisierung profitieren, während Mittel- und Geringqualifizierte weiter zurückfallen.

# KMU, die in Umweltinnovationen investieren, weisen höhere Gewinne aus

Investitionen in umweltfreundliche Technologien nutzen nicht nur der Umwelt, sondern können auch mit Kosteneinsparungen und Gewinnsteigerungen in Unternehmen einhergehen. Dies zeigt sich insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Zu diesem Ergebnis kommt eine ZEW-Studie.

Die Untersuchung basiert auf Daten zu 6.303 deutschen Unternehmen aus dem Mannheimer Innovationspanel (MIP, Erhebungswellen 2009 und 2015), die sich erstmals damit befasst, wie Umweltinnovationen mit der Unternehmensrentabilität von KMU zusammenhängen und ob hier Unterschiede zu größeren Unternehmen existieren. Umweltinnovationen umfassen alle Innovationen innerhalb des Produktionsprozesses, die der Verbesserung der Umweltsituation dienen – unabhängig davon, ob sie aus ökologischen oder ökonomischen Gründen eingeführt wurden.

Während in der MIP-Erhebungswelle 2009 noch 55 Prozent der KMU umweltaktiv waren, waren es in der Erhebungswelle 2015 mit 52 Prozent etwas weniger. Bei Großunternehmen stieg der Anteil umweltinnovierender Unternehmen im gleichen Zeitraum geringfügig von 71 Prozent auf 73 Prozent an.

## KMU scheinen stärker von Umweltinnovationen zu profitieren als Großunternehmen

Unabhängig von der Unternehmensgröße ist die Umsatzrentabilität eines Unternehmens stets höher, wenn es eine Umweltinnovation einführt. Im Durchschnitt der für die Studie betrachteten Unternehmen sind das 0,72 Prozentpunkte. Unternehmensgewinne liegen im Schnitt zwischen vier Prozent und sieben Prozent. Das bedeutet, dass Unternehmen mit Umweltinnovationen etwa zehn Prozent bis 20 Prozent höhere Gewinne ausweisen. Der positive Zusammenhang zwischen Umsatzrentabilität und Umweltinnovationen schwächt sich jedoch mit steigender Mitarbeiterzahl ab und insbesondere in der MIP-Erhebungswelle 2015 scheinen KMU stärker von Umweltinnovationen zu profitieren als Großunternehmen.

Dieser Effekt ist besonders ausgeprägt für regulierungsbedingte Innovationen, die Ressourcen einsparen, also Innovationen, die den Energie-, Wasser- oder sonstigen Materialverbrauch pro Produktionseinheit verringern.

Kleinere Unternehmen verfügen im Vergleich oft über weniger Informationen als Großunternehmen. Gerade KMU bekommen durch Regulierungen aber Möglichkeiten aufgezeigt, die ihre Ressourceneffizienz im Produktionsprozess steigern können. Aus diesem Grund sollte zukünftig bei der Ausgestaltung neuer gesetzlicher Umweltmaßnahmen darauf geachtet werden, KMU mit Blick auf Möglichkeiten zur Verbesserung dieser Ressourceneffizienz ausgiebig zu informieren. Dies würde nicht nur der Umwelt zugute kommen, sondern auch KMU in Deutschland fördern.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: [www.zew.de/PU81017](http://www.zew.de/PU81017)

Janna Axenbeck, [janna.axenbeck@zew.de](mailto:janna.axenbeck@zew.de)



Die Umsatzrentabilität eines Unternehmens ist stets höher, wenn es eine Umweltinnovation einführt.

Foto: © iStockphoto.com/haona

## INHALT

Der technologische Wandel spaltet den Arbeitsmarkt in Deutschland ..... 1  
 KMU, die in Umweltinnovationen investieren, weisen höhere Gewinne aus... 3  
 Steueroasen und Hochsteuerländer weniger attraktiv durch Country-by-Country Reporting ..... 4  
 Schnelles Breitbandinternet steigert das regionale Bruttoinlandsprodukt ... 5  
 Gründungen aus Baden-Württemberg überdurchschnittlich erfolgreich. .... 6

Veranstaltungen ..... 7  
 Zur Entwicklung italienischer Staatspapiere ..... 8  
 Nachgefragt: Reallabor Asyl – Wie kommen Geflüchtete im Arbeitsmarkt an? ..... 9  
 ZEW Intern ..... 10  
 Daten und Fakten, Termine ..... 11  
 Standpunkt ..... 12



Mit niedrigen Steuern konnte Irland multinationale Unternehmen wie etwa Facebook anlocken.

Foto: © iStockphoto.com/PierreOlivierClementMantion

# Steueroasen und Hochsteuerländer weniger attraktiv durch Country-by-Country Reporting

Das sogenannte Country-by-Country Reporting (CbCR) zeigt Biss. Es dämmt die aggressive Steuervermeidung multinationaler Unternehmen ein und führt zu einem signifikanten Rückzug aus Steueroasen. Profitieren können von dieser Entwicklung jedoch hauptsächlich die europäischen Niedrigsteuerländer, denen Deutschland nicht zuzurechnen ist. Vornehmlich diese Niedrigsteuerländer ziehen reale Investitionen der Multis an. Zu diesen empirischen Ergebnissen kommen Untersuchungen von ZEW, Universität Mannheim und Stanford University.

Seit die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Arbeit zur Vermeidung aggressiver Steuerplanung multinationaler Unternehmen im Rahmen des „Base Erosion and Profit Shifting“-Projekts (BEPS) aufgenommen hat, steht eine erhöhte Steuertransparenz immer wieder im politischen Fokus. Die Europäische Kommission ist den OECD-Vorschlägen für mehr Transparenz schließlich gefolgt. Sie hat mit der EU-Richtlinie 2016/881 die länderbezogene Berichterstattung für multinationale Unternehmen, die konsolidiert mindestens 750 Millionen Euro Umsatz im Jahr ausweisen und in der EU entweder ihren Sitz oder zumindest eine Tochtergesellschaft haben, verpflichtend eingeführt. Seit 2016 müssen betroffene Unternehmen den zuständigen nationalen Steuerbehörden im Rahmen des CbCR ihre Gesamtaktivität (unter anderem Tochtergesellschaften, Mitarbeiter, Gewinne, Steuerzahlungen) auf Länderebene in einem separaten Bericht aufschlüsseln. Ziel dieser erhöhten Steuertransparenz ist vor allem, aggressive Steuerplanung einzudämmen und internationalen Steuerbehörden eine bessere Überprüfung der Verrechnungspreisstrategien zu ermöglichen.

## Steueroasen ausgetrocknet – Verlagerung in europäische Niedrigsteuerländer

Wie die Wissenschaftler/innen von ZEW, Universität Mannheim und Stanford University zeigen, haben die betroffenen Unternehmen in mehreren Dimensionen auf das verpflichtende CbCR reagiert. In ihren empirischen Untersuchungen haben die

Wissenschaftler/innen die Präsenz in Steueroasen und die wirtschaftliche Aktivität in EU-Mitgliedstaaten von Unternehmen oberhalb und unterhalb der Grenze von 750 Millionen Euro verglichen. Die Ergebnisse zeigen, dass von CbCR betroffenen Unternehmen ihre Präsenz in Steueroasen signifikant verringert haben. Gleichzeitig ist die Mitarbeiteranzahl der betroffenen Unternehmen in den zwei Jahren seit der Einführung des CbCR deutlich geringer gewachsen als die von nicht betroffenen Unternehmen. Außerdem suggerieren die Untersuchungen, dass betroffene Unternehmen ihre Realinvestitionen vermehrt in europäische Niedrigsteuerländer verlagern. Dies zeigen die niedrigeren Gewinnsteuersätze, denen die betroffenen Unternehmen im Schnitt – gewichtet nach Kapitalanlagen und Beschäftigten ihrer Tochtergesellschaften – ausgesetzt sind. In der Folge scheinen auch Steuerzahlungen seit dem Jahr 2016 vermehrt in solchen Ländern anzufallen, deren Steuersatz in Europa unter dem Medianwert liegt.

## Zunehmender Steuerwettbewerb mit unerwarteten Folgen

Die empirischen Erkenntnisse zeigen erstmals die Effektivität von verpflichtendem CbCR. Für die Steuerpolitik ergeben sich hieraus wichtige Implikationen. Die erhöhte Steuertransparenz verringert zwar zielgerecht aggressive Formen von Steuerplanung über Steueroasen. Allerdings scheinen Unternehmen mit der Verlagerung von Realinvestitionen auch in vom Gesetzgeber nicht antizipierter Weise zu reagieren. So ist zu erwarten, dass CbCR zu erhöhtem Steuerwettbewerb um unternehmerische Investitionen innerhalb Europas führen könnte. Zudem deuten geringere Wachstumsraten auf eine erhöhte wahrgenommene Steuerunsicherheit hin. Um dem entgegenzuwirken, müssten Gesetzgeber und Steuerverwaltungen multinationalen Unternehmen nachhaltig signalisieren, dass größere Steuertransparenz nicht in aggressivere Betriebsprüfungen münden wird.

Das ZEW policy brief in englischer Sprache findet sich zum Download unter: [www.zew.de/PU80887](http://www.zew.de/PU80887)

Prof. Dr. Christoph Spengel, [christoph.spengel@zew.de](mailto:christoph.spengel@zew.de)

# Schnelles Breitbandinternet steigert das regionale Bruttoinlandsprodukt

Die Bundesregierung hat mit ihrer „Digitalen Agenda“ erhebliche öffentliche Mittel für eine flächendeckende Breitbandversorgung in Deutschland bereitgestellt. Dass die Bereitstellung von Breitbandinternet das regionale Bruttoinlandsprodukt (BIP) positiv beeinflussen kann, zeigt nun erstmals eine Studie des ZEW. Insbesondere die Verfügbarkeit von schnellem Internet fördert das regionale BIP-Wachstum in Landkreisen. Der Breitbandeinsatz bringt dabei nicht nur wirtschaftlichen Nutzen für die jeweilige Region, sondern auch für nahegelegene Landkreise.

Für die Studie haben die ZEW-Wissenschaftler umfangreiche Datensätze zu allen 401 deutschen Landkreisen in den Jahren 2010 bis 2015 analysiert. Auf Basis dieser Daten haben die Wissenschaftler erstmals ausgewertet, ob unterschiedliche Breitbandtechnologien das regionale BIP-Wachstum in Landkreisen sowie auch in benachbarten Landkreisen beeinflussen kann.

Demnach stimuliert die Verfügbarkeit von schnellen Glasfaser-Internetzugängen, also mit Übertragungsraten von 50 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) und höher, das regionale BIP-Wachstum leicht mehr als Breitband-Internet mit durchschnittlicher Geschwindigkeit: Wenn in einem Landkreis die Versorgung mit schnellem Breitbandinternet um einen Prozentpunkt steigt, wächst das regionale BIP zwischen 0,05 Prozent und 0,09 Prozent. Dieser Effekt ist etwa doppelt so hoch, wenn regionale externe Effekte einbezogen werden. Das heißt: Die Breitband-Infrastruktur eines Landkreises wirkt sich signifikant positiv auf die Breitband-Infrastruktur benachbarter Landkreise aus. Städtische Landkreise profitieren dabei stärker als ländliche. Weiterhin zeigen die Wissenschaftler, dass sich der Anteil der Haus-

halte mit Breitband-Internet von mindestens 50 Mbit/s zwischen den Jahren 2010 und 2015 mehr als verdoppelt hat und im Jahr 2015 bei 82,9 Prozent lag. Auch der Anteil der Haushalte in Deutschland, die Zugang zu Breitband-Internet mit mindestens sechs Mbit/s haben, ist von gut 80 Prozent im Jahr 2010 auf 99,8 Prozent im Jahr 2015 gestiegen.

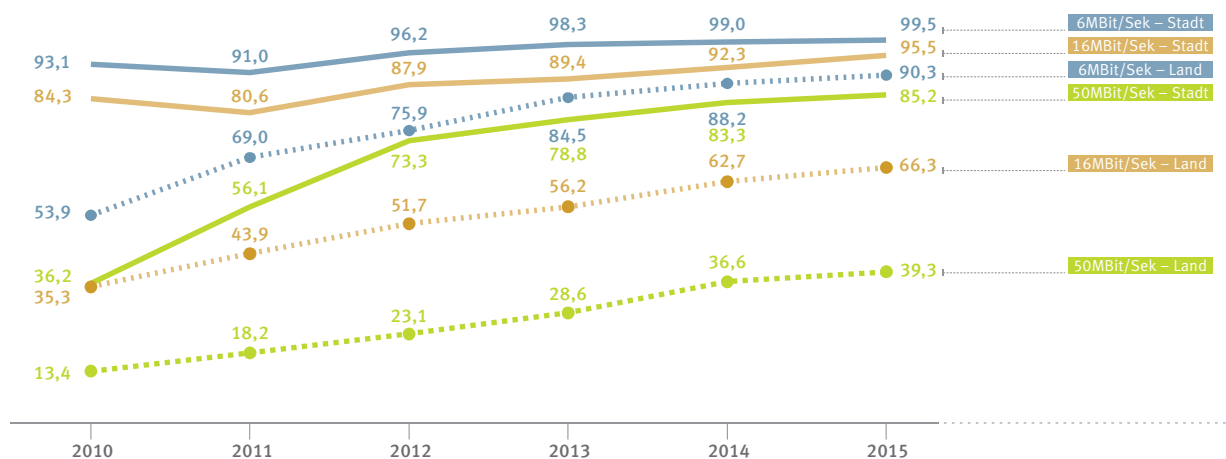
## Wirtschaftlicher Gesamtnutzen übertrifft die Kosten der Bereitstellung

Eine flächendeckende Versorgung mit High-Speed-Internet ist in Deutschland de facto erreicht. Allerdings wurde das erklärte Ziel der Bundesregierung deutlich verfehlt, obwohl Fördergelder in Millionenhöhe geflossen sind, schreiben die Autoren der Studie. Dennoch scheinen sich die Investitionen zu lohnen. Obwohl die Förderprogramme der Bundesregierung nicht ausgereicht haben, um alle Haushalte mit einem Zugang zu schnellem Breitband-Internet zu versorgen, waren sie doch wirtschaftlich effizient, das heißt ihr wirtschaftlicher Gesamtnutzen liegt über den Kosten der Bereitstellung. Die Untersuchung stützt sich zum einen auf Daten des Breitband-Atlas des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), zum anderen auf Daten der Genesis-Datenbank des Statistischen Bundesamts und der Inkar-Datenbank des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: [www.zew.de/PU80893](http://www.zew.de/PU80893)

Dr. Wolfgang Briglauer, [wolfgang.briglauer@zew.de](mailto:wolfgang.briglauer@zew.de)  
 Dr. Niklas Dürr, [niklas.duerr@zew.de](mailto:niklas.duerr@zew.de)

DEUTSCHE HAUSHALTE MIT BREITBANDVERSORGUNG (IN PROZENT)



Quelle: ZEW

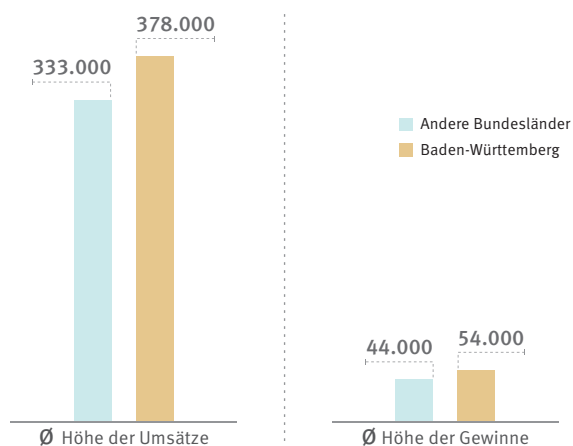
# Gründungen aus Baden-Württemberg überdurchschnittlich erfolgreich

Unternehmensgründungen aus Baden-Württemberg erweisen sich als überdurchschnittlich wachstums- und exportorientiert. Darüber hinaus erwirtschaften sie im Durchschnitt höhere Umsätze und Gewinne als Gründungen in anderen Bundesländern. Zu diesen zentralen Ergebnissen kommt eine Sonderauswertung aus dem IAB/ZEW-Gründungspanel, die im Auftrag der L-Bank Gründungen in Baden-Württemberg untersucht.

Das IAB/ZEW-Gründungspanel ist eine für Deutschland repräsentative Befragung unter Gründungen und jungen Unternehmen. Jedes Jahr werden rund 6.000 Unternehmen befragt. Seit vier Jahren wird das Panel um eine Zusatzstichprobe für Baden-Württemberg erweitert, um aussagekräftige Analysen speziell für dieses Bundesland durchführen zu können. In der aktuellen Auswertung werden bis zu vier Jahre alte Unternehmen, also die Gründungskohorten 2014–2017, betrachtet.

Es zeigt sich, dass der Anteil an den sogenannten High-Tech-Gründungen in Baden-Württemberg im Vergleich zu den übrigen Bundesländern überdurchschnittlich hoch ist. Von den Gründungen der Jahre 2014 bis 2017 sind 11,3 Prozent dem High-Tech-Bereich zuzuordnen. Dieser Wert liegt mit mehr als vier Prozentpunkten signifikant über dem Durchschnitt für die anderen 15 Bundesländer. Gründungen in technologisch hochentwickelten Industrie- und Dienstleistungszweigen sind politisch und wirtschaftlich von großem Interesse, da sie oft besonders innovativ sind, in Forschung und Entwicklung (FuE) investieren und allgemein als Ausdruck und Indikator für regionale Wirtschaftskraft gelten.

UNTERNEHMENSERFOLG: UMSATZ UND GEWINN 2017, GRÜNDUNGSKOHORTEN 2014 – 2017



Links: Durchschnittliche Höhe der Unternehmensumsätze. Rechts: Durchschnittliche Höhe der Unternehmensgewinne. Jeweils unter Berücksichtigung aller Unternehmen, auch solcher ohne Umsätze/Gewinne. Alle Werte sind auf die jeweilige Grundgesamtheit hochgerechnet. Quelle: ZEW

Unternehmensgründungen leisten einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaftskraft Baden-Württembergs. Insbesondere neugegründete Unternehmen, die sich bemühen, als Organisation zu wachsen und ihren Markteinfluss zu erweitern, stellen ein bedeutendes Potenzial für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes dar. Die Daten des IAB/ZEW-Gründungspanels zeigen, dass Start-Ups aus Baden-Württemberg 2017 besonders wachstumsorientiert waren. Während Unternehmensgründungen aus anderen Bundesländern zu 25,7 Prozent angaben, Wachstum als Ziel zu verfolgen, waren es in Baden-Württemberg 26,3 Prozent.

## Höhere Umsätze durch Exporte

Darüber hinaus zeigen sich Gründungen aus Baden-Württemberg überdurchschnittlich exportorientiert. Im Jahr 2017 erzielten 14,8 Prozent der jungen Unternehmen aus Baden-Württemberg Umsätze durch Exporte. Der entsprechende Wert für Gründungen aus den anderen 15 Ländern lag mit zwölf Prozent signifikant niedriger. Die überdurchschnittliche internationale Orientierung baden-württembergischer Gründungen zeigt sich auch im Anteil der mit diesen Exporten erzielten Umsätze am Gesamtumsatz der entsprechenden Unternehmen. Im Schnitt erzielten bis zu vier Jahre alte Unternehmen aus Baden-Württemberg 2017 vier Prozent ihres Umsatzes mit Exporttätigkeiten, relativ zu 3,1 Prozent für Unternehmen aus den anderen Bundesländern.

Wie die Abbildung zeigt, erzielten Gründungen der Jahre 2014 bis 2017 aus Baden-Württemberg im Durchschnitt höhere Umsätze und Gewinne als die entsprechenden Unternehmen aus den anderen Bundesländern. Während Start-Ups aus dem Rest der Bundesrepublik im Durchschnitt knapp 333.000 Euro an Umsatz erwirtschaften, liegt der Durchschnittswert für baden-württembergische Gründungen bei mehr als 378.000 Euro. Zusätzlich erzielten die Jungunternehmen aus Baden-Württemberg 2017 mit mehr als 54.000 Euro im Durchschnitt einen merklich höheren Gewinn als Gründungen aus den anderen 15 Ländern.

Die starken Ertragsleistungen baden-württembergischer Gründungen schlagen auf die allgemeine Finanzsituation der Unternehmen durch. Für Gründungen aus Baden-Württemberg zeigt sich hierbei insbesondere, dass diese in der Lage sind, einen größeren Teil ihrer Ausgaben und Investitionen durch den Cash Flow, also die geschäftsüblichen Einnahmen und Mittelflüsse, abzudecken. Dieser Anteil liegt für Gründungen aus den anderen Bundesländern zwei Prozentpunkte niedriger. Die Unternehmensgründungen aus dem Rest Deutschlands beziehen im Gegenzug einen entsprechend höheren Anteil ihrer Finanzmittel von den Inhaberinnen und Inhabern der Unternehmen.

Die Sonderauswertung findet sich zum Download unter:

[www.zew.de/PU80883](http://www.zew.de/PU80883)

Moritz Lubczyk, moritz.lubczyk@zew.de

## ZEW zeichnet Nachwuchswissenschaftler aus

Das ZEW hat zum 21. Mal den Heinz König Young Scholar Award vergeben. In diesem Jahr ging der Forschungspreis an Christian Ochsner vom CERGE-EI in Prag und der Universität Zürich sowie an Felix Roesel vom ifo-Institut Dresden. Das ZEW würdigt die Untersuchung beider Forscher zur Populismusforschung.

Die prämierte Arbeit untersucht, wie sich die Anti-Islam-Kampagnen der österreichischen FPÖ seit 2005 auf die Stimmenanteile dieser Partei auswirken. Es zeigt sich, dass diese Rhetorik auf besonders fruchtbaren Boden in den Orten fällt, die im 16. oder 17. Jahrhundert Gewalttaten im Kontext der türkischen Belagerungen Wiens erlebt haben. Zur Beantwortung ihrer Forschungsfragen verwenden die Autoren eigenhändig recherchierte und digitalisierte historische Daten zu den Belagerungen, um den Wahlerfolg in historisch belagerten und nicht-belagerten Gemeinden zu vergleichen. Anhand von zahlreichen Tests gelingt es ihnen einen Kausalzusammenhang herzustellen.

Populismus zu verstehen ist auch entscheidend, um nachzuvollziehen, wie eine oft irrational anmutende Wirtschaftspolitik zustande kommt. Die Arbeit ist bedeutsam, weil sie belegt, wie historische Ereignisse, die an sich ohne jede Relevanz für heute sind, von Populisten missbraucht werden können, so die Entscheidung der Jury. Der jährlich vom ZEW verliehene Heinz König



Juroren/-innen und Preisträger (v.l.n.r.): ZEW-Ökonom Friedrich Heinemann, Preisträger Christian Ochsner, ZEW-Ökonom Sebastian Sieglöcher, LBBW-Vertreter Michael Jung und Doris Brettar, Kommissarische Leitung des ZEW-Servicebereichs „Zentrale Dienstleistungen“.

Young Scholar Award ist mit 5.000 Euro dotiert und beinhaltet das Angebot eines mehrmonatigen Forschungsaufenthalts am ZEW. Der Forschungspreis wird stets von einem Mitglied im Förderkreis Wissenschaft und Praxis am ZEW e.V. gestiftet, in diesem Jahr von der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW).

Prof. Dr. Friedrich Heinemann, [friedrich.heinemann@zew.de](mailto:friedrich.heinemann@zew.de)

## Konferenz rückt digitale Ökonomie in den Fokus

Rund 90 Teilnehmer/innen der Konferenz „The Economics of Information and Communication Technologies“ haben am ZEW vielfältige Fragen rund um die digitale Ökonomie diskutiert. Der ZEW-Forschungsbereich „Digitale Ökonomie“ organisierte die Veranstaltung zum 17. Mal am Sitz des Instituts in Mannheim.

Als eine der Hauptrednerinnen widmete sich Prof. Catherine Tucker, Ph.D. von der Sloan School of Management des renommierten Massachusetts Institute of Technology (MIT) in den USA dem Thema der algorithmischen Entscheidungsfindung im Kontext digitaler Plattformen, insbesondere in Form von maschinellem Lernen. Die durch maschinelles Lernen produzierten Ergebnisse scheinen dabei in einzelnen Anwendungen verzerrt zu sein. In ihrem Vortrag ging Catherine Tucker aus ökonomischer Perspektive auf mögliche Ursachen dieser statistischen Diskriminierung ein. Die zweite Keynote widmete sich der Frage, wie durch das Auswerten von Daten aus dem Internet neue Erkenntnisse über Marktmechanismen, Konsumentenverhalten und Wettbewerb gewonnen werden können. Prof. Liran Einav, Ph.D. von der kalifornischen Stanford University, stellte exemplarisch seine Forschungsergebnisse auf Basis von Daten des Online-Marktplatzes eBay vor. Darüber hinaus wurden bei der Konferenz in mehreren Parallelsessions unterschiedliche Perspektiven

der digitalen Ökonomie beleuchtet, von sozialen Medien, der Sharing Economy über Online-Werbung bis hin zu Anwendungen des maschinellen Lernens. Zudem organisierten Prof. Dr. Florian Stahl und Prof. Dr. Martin Peitz von der Universität Mannheim zwei wissenschaftliche Sessions zu strategischem Verhalten im Kontext digitaler Plattformen.

Prof. Dr. Irene Bertschek, [irene.bertschek@zew.de](mailto:irene.bertschek@zew.de)



Prof. Catherine Tucker, Ph.D. bei ihrer Keynote am ZEW zum Thema algorithmischer Entscheidungsfindung.  
Foto: © ZEW/Michael Weiland



Der Rückgang der Zinsen für italienische Staatsanleihen lässt sich über aktuelle Personal- und Geldpolitikentscheide im Euroraum erklären.

# Zur Entwicklung italienischer Staatspapiere

Italienische Staatspapiere haben zuletzt klar an Wert gewonnen. Das liegt weder an guter Konjunktur noch an einer Wende hin zu einer verantwortungsvollen Budgetpolitik. Vielmehr gab es drei Ereignisse, die in ihrem Zusammenwirken die Marktdisziplin geschwächt haben.

Seit Anfang Juni ist es zu einer markanten Neubewertung Italiens an den internationalen Anleihemärkten gekommen. Noch Ende Mai lag die Rendite von Italiens zehnjährigen Staatsanleihen bei 2,7 Prozent. Seither stiegen die Kurse italienischer Papiere, die Umlaufrendite fiel am 3. Juli zeitweise auf 1,6 Prozent. Dieses niedrige Niveau war zuletzt vor Amtsantritt der neuen Regierung im Frühjahr 2018 zu beobachten gewesen. Solch niedrige Renditen sind gewöhnlich ein Privileg von Industriestaaten, deren Bonität über jeden Zweifel erhaben ist. Für Italien gilt das nicht. Die Ratingagentur Moody's bewertet die langfristige Kreditwürdigkeit des Landes mit der gleichen Note („Baa3“) wie Kasachstan oder Südafrika. Naheliegende Erklärungen für die Neubewertung helfen nicht weiter. Die Erklärung, wonach die italienische Regierung eine bessere Politik als erwartet mache, scheidet ganz offenkundig aus. Seit ihrem Amtsantritt ist es zu einer deutlichen Ausweitung des aktuellen und der prognostizierten Defizite gekommen. Ein neues Bürgergeld wurde im Frühjahr eingeführt und treibt die Sozialleistungen ebenso dauerhaft nach oben wie die erleichterten Frühverrentungen.

Schon 2018 tat die Regierung das Gegenteil von dem, was der italienische Arbeitsmarkt und die Wirtschaft benötigen. Sie nahm Reformen zurück und legte dem Arbeitsmarkt bei Kündigungsschutz, Zeitverträgen und Zeitarbeit neue Fesseln an. Auch die zweite mögliche Erklärung, nämlich dass Italien eine überraschend günstige ökonomische Entwicklung erlebe, trifft nicht zu. Ganz im Gegenteil deuten die aktuellen Prognosen bestenfalls auf eine Stagnation hin. Die Wirtschaftspolitik der Regierung hat Investoren und Konsumenten/-innen verunsichert und nicht wie versprochen das Wachstum belebt.

Spiegelt die italienische Zinsentwicklung etwa fallende Zinsen in der gesamten Eurozone wider? Wenn man auf den Spread, den Zinsabstand zwischen italienischen und deutschen Anleihen, schaut, hilft auch das nicht weiter: Der italienische Zinsrückgang ist im Wesentlichen ein Rückgang des Zinsaufschlags gegenüber Deutschland. Betrug dieser Spread Ende Mai noch 2,9 Prozentpunkte, waren es Anfang Juli nur noch 2,0 Prozent. Die Italien-Hausse spiegelt also vor allem einen starken Rückgang der Risikoprämie wider. Offenbar halten Investoren diese

Papiere trotz des unverändert schwachen Ratings nicht mehr für so riskant wie noch zum Amtsantritt der Regierung Conte. Bei der Suche nach den wirklichen Treibern der italienischen Zinsentwicklung erweist sich eine „Event-Analyse“ als hilfreich. Bei dieser Methode werden bestimmte markante Ereignisse in Beziehung zur Kursentwicklung von Wertpapieren gesetzt.

Folgende Ereignisse waren für die italienische Zinsentwicklung von klar erkennbarer Bedeutung. Am 18. Juni hatte Mario Draghi im portugiesischen Sintra überraschend deutlich die Bereitschaft des Rats der Europäischen Zentralbank (EZB) formuliert, „alle Flexibilität“ innerhalb des EZB-Mandats zu nutzen, um den EZB-Auftrag zu erfüllen. Diese Aussage wurde als Ankündigung einer baldigen weiteren Zinssenkung und der Wiederaufnahme von Anleihekäufen verstanden. Der „Sintra-Effekt“ ist im Zinsverlauf sichtbar. Der bereits Anfang Juni eingesetzte Rückgang des Italien-Spread beschleunigte sich am 19. Juni.

## „Lagarde-Moscovici-Effekt“ drückt Renditen auf neue Tiefstände

Eine sehr markante weitere Korrektur setzte am 2. Juli ein und sich bis zum 3. Juli fort, als die vorläufigen Tiefstände der Italien-Renditen erreicht wurden. Diese beiden Tage waren durch zwei bedeutsame Ereignisse gekennzeichnet. Am Vorabend des 3. Juli sickerte die Personalie Christine Lagarde als neue EZB-Präsidentin durch. Am 3. Juli hat dann EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici verkündet, vorläufig auf ein Defizitverfahren gegen Italien zu verzichten. Dieser kombinierte „Lagarde-Moscovici-Effekt“ hat die italienischen Renditen auf die neuen Tiefstände heruntergedrückt.

Die Interpretation dieses Befunds ist offenkundig. Die Finanzmärkte haben kaum „über Nacht“ ihre Bonitätsbewertung des Landes nach oben korrigiert. Die Marktreaktion ist nur so zu erklären, dass die drei Ereignisse – „Sintra“, „Lagarde“ und „Moscovici“ – in ihrer Kombination als Hilfszusage Europas für ein überschuldetes Italien gewertet werden. Die an den Märkten angekommene Botschaft lautet: Schuldenstaaten können sich auf Dauer auf ein günstiges Umfeld mit sehr niedrigen Leitzinsen, umfangreiche Anleihekäufe durch die EZB und eine wenig konsequenten Anwendung der Schuldenregeln verlassen.

Prof. Dr. Friedrich Heinemann, [friedrich.heinemann@zew.de](mailto:friedrich.heinemann@zew.de)



Nachgefragt: Reallabor Asyl – Wie kommen Geflüchtete im Arbeitsmarkt an?

## „Die Bereitschaft nochmals neu anzufangen, wird für die Integration wichtig sein“

Wie kann die Integration von Geflüchteten in der Rhein-Neckar-Region gelingen? Dieser Frage ist das Projekt „Reallabor Asylsuchende in der Rhein-Neckar-Region“ (Reallabor Asyl) nachgegangen, bei dem das ZEW Projektpartner war. Im Interview erläutert PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, Mitglied im Direktorium des Reallabors und kommissarischer Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte und Personalmanagement“, zentrale Ergebnisse, die das ZEW durch das jetzt abgeschlossene Projekt gewonnen hat.

**Für das ZEW stand die Integration von Geflüchteten in den deutschen Arbeitsmarkt im Mittelpunkt der Forschung. Was genau haben Sie und Ihr Team untersucht?**

Wir haben uns auf die Frage konzentriert, wie die Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten gelingen wird und was wir dazu mit Informationen kurz nach der Ankunft herausarbeiten können. Da der Integrationsprozess Jahre oder gar Jahrzehnte dauern kann, und die Projektlaufzeit auf drei Jahre begrenzt war, haben wir versucht, Hinweise zur Beantwortung der Frage aufbauend auf standardisierten Befragungen der Geflüchteten zu erarbeiten.

Ein Fokus lag auf der Analyse der Rolle von Bildung und Arbeitsmarkterfahrung im Heimatland für den Spracherwerb und die Teilnahme am Arbeitsmarktgeschehen Ende des ersten und dritten Jahres nach der Ankunft in Deutschland. Zudem haben wir die Bedeutung der eigenen Bildung der jungen Geflüchteten relativ zur Bildung im Heimatland und zum Bildungshintergrund ihrer Eltern untersucht.

**Was haben Sie herausgefunden über die Geflüchteten?**

Die jungen männlichen Geflüchteten, die an der freiwilligen Befragung teilgenommen haben, waren im August und September 2016 im Mittel knapp 25 Jahre alt. Ihre zusammengefasste Zeit in Schule und Hochschule im Heimatland betrug nach ihren Aussagen im Schnitt 8,9 Jahre, bei ihren Vätern 5,9 Jahre und bei den Müttern 3,8 Jahre. Zum Vergleich: In Deutschland dauert die Hauptschule in der Regel 10 Jahre. Im Schnitt waren sie 5,5 Jahre erwerbstätig.

Die meisten Befragten kamen aus Afghanistan, Syrien, Gambia und dem Irak. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund von Bürgerkrieg und anderen Fluchtgründen nicht alle ihre Bildung abschließen konnten. Ferner ist zu beachten, dass uns der Inhalt dessen, was in der Bildungszeit gelernt wurde, nicht bekannt ist. Dennoch verdeutlichen die Angaben bereits, dass die jungen Geflüchteten deutlich weniger Bildung als junge Erwachsene in der gleichen Altersgruppe aufweisen, die in Deutschland oder Europa aufwachsen. In diesem Alter haben in Deutschland etwa 60 Prozent eine Hochschulzugangsberechtigung erworben und fast die Hälfte studiert, oder hat studiert.

**Was wissen Sie über die Geflüchteten im Vergleich zu ihrer Altersgruppe im Heimatland?**

Die Gruppe junger Männer in unseren Stichproben befand sich im Mittel länger in Schule und Hochschule als junge Männer in der gleichen Altersgruppe in ihren Heimatländern. Demnach sind sie im Vergleich zur Altersgruppe in ihren Heimatländern besser gebildet. 67 Prozent von ihnen sind zudem besser gebildet als ihre Eltern. Asylsuchende junge Männer, die mit einem längeren Bildungshintergrund hierher kommen, weisen elf Monate nach der Ankunft einen größeren deutschen Sprachschatz auf, und sie gehen auch eher (geringfügigen) Beschäftigungen nach. Für die im Heimatland erworbene Arbeitserfahrung konnte kein eindeutiger Einfluss auf den Arbeitsmarkterfolg in Deutschland gefunden werden. Möglicherweise sind die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Unterschiede der Heimatländer im Vergleich so bedeutsam, dass die dort im Arbeitsleben erworbenen Erfahrungen hierzulande kaum weiter helfen. Von daher wird für eine gelungene Integration die Bereitschaft der Geflüchteten wichtig sein, noch einmal neu anzufangen.

**Was heißt das für die Integration in unseren Arbeitsmarkt?**

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass eine zeitlich länger dauernde Bildung im Heimatland die Integration in Deutschland fördert. Auch Maßnahmen der Zivilgesellschaft können in diese Richtung wirken, wie etwa die Teilnahme an Fußballtrainings, die ebenfalls im Reallabor untersucht wurde. Als wichtigste Herausforderung zeichnet sich ab, die jungen Menschen mit individualisierten und damit ressourcenintensiven Bildungsangeboten fit für den Einstieg in unsere moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft zu machen.



Foto: Anna Logue

**PD Dr. Friedhelm Pfeiffer**

ist kommissarischer Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte und Personalmanagement“. Aktuell beschäftigt er sich mit individuellen und fiskalischen Kosten sowie den Nutzen von Bildungsinvestitionen. Ferner erforscht er die Wirkungen von Maßnahmen der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik. Er lehrt als Privatdozent für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim und ist Mitglied im Steuerungskreis des Kollegs für interdisziplinäre Bildungsforschung sowie im Direktorium des Reallabor Asylsuchende in der Rhein-Neckar-Region.

friedhelm.pfeiffer@zew.de

## ZEW-Schülerteams aus Weinheim und Kassel ziehen ins YES!-Bundesfinale ein

Zwei vom ZEW betreute Schüler-Teams haben den regionalen Vorentscheid des bundesweiten Schülerwettbewerbs YES! – Young Economic Summit für sich entschieden und sich damit für das YES!-Finale im September 2019 in Hamburg qualifiziert. Das Team des Weinheimer Heisenberg-Gymnasiums, betreut von ZEW-Ökonomin Carina Fugger, überzeugte beim Thema „Klimawandel und der europäische CO<sub>2</sub>-Markt“ mit seinem Konzept „Greenpay“, einer einfachen, drei Schritte umfassenden Lösung zur Reduzierung von Kohlendioxid-Emissionen, und landete damit auf dem ersten Platz. Den zweiten Platz sicherte sich das Team des Kasseler Engelsburg-Gymnasiums, betreut von den ZEW-Ökonomen/-innen Dr. Katrin Sommerfeld und Paul Berbée, zum Thema „Zugänge zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete“ mit einem Lösungskonzept zur Integration von Geflüchteten in den deutschen Arbeitsmarkt.



Foto: YES! – Young Economic Summit

Schülerinnen und Schüler von insgesamt neun Schulen waren beim YES!-Regionalentscheid am ZEW vertreten.

## ZEW gratuliert seinem ehemaligen Kaufmännischen Direktor zum 80. Geburtstag



Foto: ZEW / Erich Dietzner

Der langjährige Kaufmännische Direktor am ZEW, Ernst-O. Schulze, beging am 23. Juli 2019 seinen 80. Geburtstag. Die Mitarbeiter/innen des ZEW gratulieren hierzu herzlich. „Ernst-O. Schulze hat als versierter Wissenschaftsmanager erfolgreich und maßgeblich dazu beigetragen, dass sich das ZEW zu dem hoch angesehenen

Institut entwickeln konnte, das es heute ist. Ihm bleibt das Verdienst, die schwierigen Anfangsjahre und die dann folgende eindrucksvolle Erfolgsgeschichte des Forschungsinstituts entscheidend mitgestaltet zu haben“, sagt Thomas Kohl. Schulze, der seit 35 Jahren in Bruchsal wohnt, kam 1990 ans ZEW und begleitete und prägte die Aufbauphase des Instituts als einer der beiden

Gründungsdirektoren wesentlich mit. Am 23. Juli 2004 übergab Schulze sein Amt an Thomas Kohl und verabschiedete sich in den Ruhestand. Bis heute ist Schulze dem ZEW eng verbunden als Mitglied im Alumni-Club des ZEW sowie als persönliches Mitglied im Förderkreis Wissenschaft und Praxis am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung e. V. Nach seinem Abschluss als Diplom-Handelslehrer in Betriebswirtschaft und Wirtschaftspädagogik lehrte Schulze lang an der Akademie für Datenverarbeitung und Organisation Böblingen. Im Jahr 1974 wechselte er zum Kultusministerium Baden-Württemberg. Von 1978 bis Mitte 1991 war er als kaufmännischer Geschäftsführer am Auf- und Ausbau des Fachinformationszentrums Karlsruhe beteiligt. Von 1990 bis 1997 war er kaufmännischer Geschäftsführer der Gesellschaft für Kultur- und Wissenschaftsförderung Baden-Württemberg GmbH und der Filmakademie Baden-Württemberg GmbH Ludwigsburg.

## Lebensmittelspenden über digitale Plattform einfacher verteilen

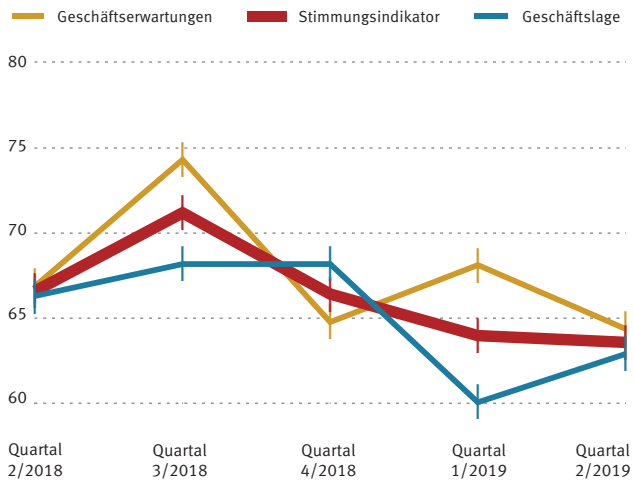


Staatssekretär Dr. Hermann Onko Aeikens (2. v. l.) überreicht den Förderbescheid für das Projekt „Tafel macht Zukunft – gemeinsam digital“ an Evelin Schulz von der Tafel Akademie, ZEW-Ökonom Prof. Dr. Thilo Klein (2. v. r.) und Jochen Brühl von Tafel Deutschland.

Foto: BMEL

Die Verschwendung von Lebensmitteln in Deutschland weiter zu reduzieren, indem Lebensmittelspenden schnell und bedarfsorientiert auf die Tafeln verteilt werden, ist das Ziel eines Projekts der Forschungsgruppe „Marktdesign“ am ZEW Mannheim. Dazu beteiligt sich die ZEW-Forschungsgruppe am Aufbau einer digitalen Plattform zur besseren Vernetzung von Tafeln, Handel und Lebensmittelherstellern. Das Projekt „Tafel macht Zukunft – gemeinsam digital“ wird vom ZEW, der Tafel Deutschland e.V. sowie der Bildungsakademie des Bundesverbandes Deutsche Tafel gGmbH umgesetzt und vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) mit insgesamt 1,5 Millionen Euro über einen Zeitraum von drei Jahren gefördert. Mit ausgewählten Tafeln und Supermärkten im gesamten Bundesgebiet wird die Plattform als Schnittstelle der Lebensmittelabgabe von den Spendern an die Tafeln getestet.

### Gutes Geschäftsklima in der Informationswirtschaft in Deutschland

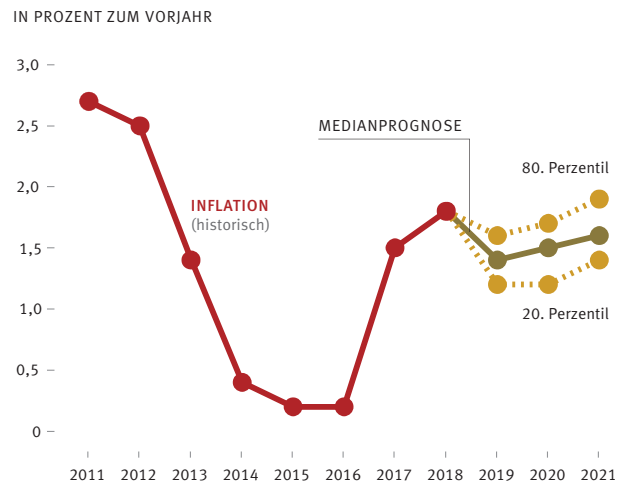


Quelle: ZEW

Bei den Unternehmen der Informationswirtschaft herrscht im zweiten Quartal 2019 eine überwiegend gute konjunkturelle Stimmung. Diese Entwicklung ist an der aktuellen Entwicklung des ZEW Stimmungsindicators Informationswirtschaft abzulesen. Mit einem aktuellen Stand von 63,6 Punkten signalisiert der Indikator, dass die Mehrheit der Unternehmen das wirtschaftliche Klima weiterhin positiv einschätzt. Dem leichten Rückgang des Stimmungsindicators für die gesamte Informationswirtschaft liegt eine entgegengesetzte Entwicklung der beiden Teilindikatoren zugrunde. Der Teilindikator für die Geschäftslage hat sich im zweiten Quartal 2019 verbessert, während sich die Geschäftserwartungen für das dritte Quartal 2019 leicht verschlechtert haben. Der entsprechende Teilindikator für die Geschäftserwartungen verliert im Vergleich zum Vorquartal 3,7 Punkte, überschreitet aber mit einem aktuellen Stand von 64,4 Punkten nach wie vor deutlich die kritische 50-Punkte-Marke.

Dr. Daniel Erdsiek, daniel.erdsiek@zew.de

### Inflationserwartungen für Deutschland gehen erneut zurück



Nachfrageseitige Einflussfaktoren

Quelle: ZEW

Die aktuellen Einschätzungen von Finanzmarktexperten/-innen zur Inflationsentwicklung im Euroraum für den Zeitraum von 2019 bis 2021 fallen im Vergleich zur Umfrage im Mai 2019 niedriger aus. Zu diesem Ergebnis kommt eine Sonderfrage des ZEW-Finanzmarkttests. Die Medianprognose für das Jahr 2020 beträgt demnach 1,5 Prozent und damit 0,1 Prozentpunkte weniger als noch in der vorangegangenen Befragung. Für das Jahr 2021 erwarten die befragten Experten/-innen im Median eine Inflationsrate von 1,6 Prozent, ein Minus von 0,2 Prozentpunkten im Vergleich zur Umfrage im Mai. Für die Mehrheit der Teilnehmer/-innen rückt das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) damit weiter außer Reichweite. Die Finanzexperten/-innen sahen sich aufgrund der internationalen Handelskonflikte (rund 68 Prozent) und neuer Konjunkturdaten für den Euroraum (rund 60 Prozent) erneut dazu gezwungen, ihre Inflationsprognosen nach unten zu korrigieren.

Frank Brückbauer, frank.brueckbauer@zew.de



### ZEW Lunch Debate zur Zukunft der Arbeit

Im Fokus der nächsten ZEW Lunch Debate stehen die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitsmärkte. Sowohl Arbeitnehmer/innen als auch Arbeitgeber/innen müssen sich auf diese Herausforderung vorbereiten. Die Lunch Debate beleuchtet, wie sich Status und Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern/-innen ändern und in welchen Bereichen Weiterbildung bei den sich ändernden Qualifikationsanforderungen notwendig ist. Die Veranstaltung findet am 23. Oktober 2019 in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union in Brüssel statt. Nähere Informationen unter: [www.zew.de/VA2892](http://www.zew.de/VA2892)

### Sechste MaTax-Jahreskonferenz am ZEW

Der Leibniz-WissenschaftsCampus Mannheim Taxation (MaTax), eine gemeinsame Initiative der Universität Mannheim und des ZEW, veranstaltet am 12. und 13. September 2019 die sechste MaTax-Jahreskonferenz. Schwerpunkte der Konferenz liegen unter anderem in den Bereichen der Unternehmensbesteuerung, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung, Steuerökonomie sowie der internationalen Besteuerung. Als Hauptredner sprechen Alan Auerbach von der University of California, Berkley sowie Jake Thornock von der Brigham Young Universität. Weitere Informationen unter: [www.zew.de/VA2822](http://www.zew.de/VA2822)



Foto: ZEW/ Erich Dächiser

## Den Markt für Klimaschutz nutzen

Mit dem europäischen Emissionshandel wird schon seit einiger Zeit Ökonomie und Ökologie in sehr geeigneter Form verbunden. Doch die Öffentlichkeit scheint es nicht mitzubekommen.

Ökonomen setzen Anreize gerne über Preise. Laute Flugzeuge zahlen höhere

Start- und Landegebühren, LKWs zahlen eine Autobahnmaut auch wegen der Abnutzung der Straße und die KFZ-Steuer ist an den Verbrauch gekoppelt. Die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Preises, um klimaschädliche Emissionen zu reduzieren, ist deshalb schon lange eine Forderung von Ökonomen. Umweltschützer bevorzugen Vorgaben und Grenzwerte gegenüber Preisen, um sicherzugehen, dass die jeweiligen Ziele auch erreicht werden. Stickstoffdioxidkonzentrationen dürfen im Jahresdurchschnitt 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft nicht überschreiten. Automobilunternehmen müssen die CO<sub>2</sub>-Emissionen ihrer neuen PKWs bis 2030 um 37,5 Prozent im Vergleich zu 2021 senken.

Ein Instrument zur Erreichung von Grenzwerten für Emissionen ist der Emissionshandel. Der Europäische Emissionszertifikatehandel (EU-ETS) ermöglicht es, beiden Gruppen – Ökonomen und Umweltschützern – gerecht zu werden. Jedes Unternehmen, das Teil des EU-ETS ist, muss für den Ausstoß von CO<sub>2</sub> Lizenzen vorhalten. Hat es zu wenig, dann muss es welche hinzukaufen. Es zahlt also einen Preis für jede ausgestoßene Tonne CO<sub>2</sub>, der sich an der Knappheit der Zertifikate orientiert und marktwirtschaftlich bildet. Dabei sind die Gesamtmenge an verfügbaren Lizenzen und damit auch der CO<sub>2</sub>-Ausstoß gedeckelt. Wenn also ein Unternehmen mehr CO<sub>2</sub> ausstößt, muss ein anderes weniger verbrauchen, und umgekehrt. Bis 2030 ist die Menge im Einklang mit den Klimazielen festgelegt. Der EU-ETS verbindet also Preise und Grenzwerte, die Quadratur des Kreises? Ein wenig schon, aber die Öffentlichkeit scheint es nicht wahrzunehmen. Zwei Beispiele: Der Kohleausstieg wird kommen. Die Diskussionen dazu waren sehr emotional und kontrovers, insbesondere um den Zeitpunkt des Ausstiegs. Eine Festlegung des genauen Ausstiegsdatums ist aber zweitrangig. Da Kohlestrom Teil des EU-ETS ist, wird das, was hier durch einen früheren oder späteren Kohleausstieg weniger oder mehr emittiert wird, automatisch in anderen Sekto-

ren oder Ländern wieder kompensiert. Ein zweites Beispiel zeigt sich aktuell an einigen Flughäfen, an denen Schüleraktivisten gegen zu viele Flugreisen protestieren. Dies wird medial begleitet durch eine Übersicht über die Menge an CO<sub>2</sub>, die durch Flüge emittiert wird. Zumindest die innereuropäischen Flüge sind aber Teil des EU-ETS. Mehr Flüge innerhalb Europas bewirken daher nicht mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen, da an anderer Stelle eingespart wird.

Im September will das Klimakabinett der Bundesregierung Maßnahmen festlegen, wie die Klimaziele eingehalten werden sollen. Dass ein Preis für CO<sub>2</sub> kommen wird, scheint derweil Konsens. Idealerweise würde dies dadurch geschehen, dass die Sektoren Verkehr und Wärme, die derzeit nicht Teil des EU-ETS sind, mit einbezogen werden. Dafür müsste der Europäische Rat zustimmen, was zumindest kurzfristig nicht wahrscheinlich ist. Zunächst sollte das Klimakabinett daher den Emissionshandel in diesen Bereichen nur in Deutschland einführen, wie es der Sachverständigenrat in seinem Sondergutachten zur Klimapolitik beschreibt. Der Verbrauch von Benzin und Diesel sowie Heizen mit Öl oder Gas wären dann Teil eines Emissionshandels. Preise für Kraftstoffe, Öl und Gas würden dann vermutlich steigen und für Strom sinken, wie eine aktuelle ZEW-Studie zeigt.

Diese Ausweitung des Emissionshandels auf die bisher nicht berücksichtigten Sektoren sollte mit einer Öffentlichkeitskampagne verbunden werden, die die Wirkungszusammenhänge erläutert. Wenn jemand – eine Person oder ein Unternehmen – mehr CO<sub>2</sub> emittiert, dann benötigt er mehr Zertifikate, der Preis für die Zertifikate steigt, und der Emissionshandel sorgt so dafür, dass andere weniger emittieren. Die Gesamtmenge ist gedeckelt und auf die Klimaziele angepasst. Schlagzeilen wie „SUV-Boom verschlechtert Umweltbilanz“ wären dann von gestern.

ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach Ph.D.

Dieser Beitrag ist zuerst am 10. September 2019 in der „Rheinischen Post“ erschienen.

# ZEW

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · www.zew.de

Präsident: Prof. Achim Wambach, Ph.D. · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Layout: ZEW Mediendesign; Simone Mann · simone.mann@zew.de; Michael Weiland · michael.weiland@zew.de

Redaktion: Gunter Grittmann · Telefon +49 621 1235-132 · gunter.grittmann@zew.de

Felix Kretz · Telefon +49 621 1235-103 · felix.kretz@zew.de

Sabine Elbert · Telefon +49 621 1235-133 · sabine.elbert@zew.de

Kathrin Böhmer · Telefon +49 621 1235-128 · kathrin.boehmer@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim, 2019